

Frau Dr. Beate Gilles
Generalsekretärin der Deutschen Bischofskonferenz
Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Sehr geehrte Frau Generalsekretärin,

Sie haben mir mit Ihrem Brief vom 26. Januar 2022 einerseits eine persönliche und freundliche Antwort, andererseits eine schroffe Zurückweisung zugesandt.

Daher hielt ich es für besser, zunächst eine gewisse Zeit abzuwarten, ehe ich darauf antworte. Denn unbeantwortet konnte ich Ihren Brief nicht lassen.

Ihr Argument lautete wörtlich: „Im Sinne der ortskirchlichen Dignität und Subsidiarität ist die Deutsche Bischofskonferenz für konkrete Fragen der liturgisch konzeptionellen Raumgestaltung in den einzelnen Bistümern selbstverständlich nicht zuständig. Ihr Vorwurf, die Deutsche Bischofskonferenz ... beteilige sich qua Mitfinanzierung der Umgestaltung an der „Zerstörung“ der Kathedrale ist sachlich unangemessen und ich muss ihn entschieden zurückweisen.“

Wenn die Bischofskonferenz, die ja seit Jahrzehnten nach dem Prinzip arbeitet, „Du kümmerst Dich nicht um meine Angelegenheiten und ich kümmere mich nicht um Deine Angelegenheiten“ sich zu einer in ihrer Größe einmaligen finanziellen Unterstützungsaktion durchringt, dann solidarisiert sie sich mit einer Absicht, die nur auf diese Weise erreicht werden kann. Damit übernimmt man auch einen Teil der Verantwortung. Und ein maßgeblicher Teil der Mitverantwortung war, die Ostkirche zu verwestlichen. Dabei sagen nachdenkliche und verantwortungskluger Theologen seit langem, dass die Ostkirche unter dem Druck der Umstände schon lange Dinge erprobt oder vorweg nimmt, zu denen sie als Kirche in der Diaspora ohnehin gezwungen ist. Genau das aber wollen und wollten bestimmte Leute in Rom nicht. Es ist mit Sicherheit kein Zufall, dass alle nach 1991 neu in ihr Amt gekommenen Bischöfe im Osten aus dem Westen stammen. Nur der Bischof von Magdeburg weiß noch, in was für einer Welt er lebt und wirkt. Denn er kommt aus dieser Welt.

Außerdem zeugt Ihr Argument von geschichtlicher Blindheit. Sie scheinen nicht zu wissen, dass die Entscheidung für den Wiederaufbau der Hedwigs Kathedrale nach Vorarbeiten durch Bischof Wilhelm Weskamm vor allem durch dessen Nachfolger als Bischof von Berlin, Julius Döpfner, erfolgte. Julius Döpfner war vorher Bischof in Franken, wurde in Berlin bald Kardinal, dann 1961 Erzbischof von München und Freising und war dann später einer der Moderatoren des zweiten vatikanischen Konzils. Seinem Einsatz ist insbesondere zu danken, dass der Reformbeschluss zur Liturgie „Sacrosanctum Concilium“ als erster vom Konzil angenommen wurde und von dessen Erneuerungswillen zeugte. Zwischen dem ersten wesentlichen Reformbeschluss des zweiten vatikanischen Konzils, der ohne den starken Einfluss der europaweiten Bewegung zur Erneuerung der Liturgie nicht zustande gekommen wäre und der Neugestaltung des Innenraums der nach der Kriegszerstörung wieder aufzubauenden Berliner St. Hedwigs Kathedrale besteht ein erkennbarer unmittelbarer Zusammenhang. Es war nämlich Julius Döpfner, der sich als Bischof von Berlin dazu entschied, einem der wichtigsten Anregungen dieser Bewegung zu folgen, nämlich die Feier des Gottesdienstes mit dem Gesicht zur Gemeinde hin zu feiern, so dass also die Gläubigen und der zelebrierende Bischof oder Priester als das Volk Gottes erkennbar sind, die sich vor dem oder um den Altar Gottes versammeln. Zu diesem Zeitpunkt stießen die Anregungen der liturgischen Erneuerungsbewegung bei Teilen des Berliner Domkapitels noch auf erheblichen Widerstand. Vor allem aber hatten Gegner der liturgischen

Erneuerungsbewegung in Rom den Erlass eines Dekrets erreicht, nach dem der Tabernakel fest mit der Mensa des Altars zu verbinden sei. Wer die Geschichte der wechselnden Orte des Tabernakels kennt, weiß, dass sich dieses Dekret auf keine nachweisbare Geschichte stützen konnte. Döpfner wollte jedoch keinen Streit mit Rom, sondern suchte einen einfallsreichen Kirchenbaumeister, der, beraten vom Liturgischen Institut in Trier, eine Lösung suchen sollte.

Diesen fand er in Hans Schwippert, der sich bereits beim Wiederaufbau kriegszerstörter Kirchen als ein wandlungsfähiger Kirchenbaumeister erwiesen hatte, der aber zugleich sich auch einen Namen als weltlicher Architekt erworben hatte. Schließlich zeichnete er für die Gestaltung des ersten Versammlungsortes des Deutschen Bundestages verantwortlich. Tatsächlich entwickelte er als Baumeister der Berliner Hedwigskathedrale aus der Verbindung der bisherigen Krypta und des bisherigen Kirchenraumes einen für diese relativ kleine, aber geschichtlich für die Berliner Katholiken bedeutsame Kirche einen überraschend weiten und hohen Raum, welcher wiederum von einem gemeinsamen Altar geprägt wurde, der zugleich einen festen Platz für den Tabernakel bot und der Gemeinde stets präsent war. So wurde einerseits der Raum ganz auf den Altar, der nur die Zelebration zur Gottesdienstgemeinde hin erlaubte, ausgerichtet, während die Gemeinde zum Altar und zum dahinter angeordneten Bischofsthron sowie zu den Sitzen für das Domkapitel blickte.

Zum ersten Mal in der Geschichte des Kirchenbaus wurde den Anliegen der sich nach dem Ersten Weltkrieg entfaltenden liturgischen Bewegung in einer bedeutenden Kirche entsprochen und zugleich die Auflagen des Römischen Dekrets vollzogen. Zugleich widerstand dieser Kirchenbau den Schwierigkeiten und Spannungen der ja schon damals politisch und gesellschaftlich gespaltenen Stadt - und das in dieser Stadt und in dem zur DDR gehörenden weiteren Umfeld von Berlin bis zur vorpommerschen Ostseeküste hin. Es gelang Hans Schwippert, für die innere Gestaltung des neu erstehenden Kirchenraums Künstlerinnen und Künstlern aus ganz Deutschland zu vereinen, so dass der innere Aufbau der Hedwigs Kathedrale als Bischofskirche einer geteilten Stadt zugleich zu einem einmaligen Zeugnis der Einheit und Gemeinsamkeit in der Zeit der Spaltung wurde. Dem entsprach, dass der Wiederaufbau der kriegszerstörten Hedwigskathedrale durch Spenden aus allen Teilen des damals geteilten Deutschland unterstützt wurde. Auch dieses Zeugnis wird jetzt aufgegeben, obwohl die Erinnerung an dieses Denkmal der Gemeinsamkeit von den Bischöfen bzw. Erzbischöfen von Berlin, den Kardinälen Alfred Bengsch, Joachim Meisner (später Erzbischof von Köln) und Georg Sterzynski bis in die Tage der Vereinigung von Berlin und Deutschland im Jahre 1990 immer wieder erinnert und stets hochgehalten wurde. Schon kurz nach der Weihe der wieder erstandenen Kathedrale im Jahre 1963 lud Alfred Bengsch, der unmittelbare Nachfolger Julius Döpfners als Bischof von Berlin, in die Hedwigskathedrale zu einem Liturgischen Kongress ein, um die Einheit mit Rom zu feiern und um die vorwärtsweisende Entscheidung seines Vorgängers hervorzuheben. Bis heute gehört dies, jedenfalls im früheren Ostteil des Berliner Bistums, zur lebendigen Erinnerung. Zu dieser gehört auch die bewegende Predigt, die Heinrich Theissing, vormals Weihbischof in Berlin bevor er Bischof in Schwerin wurde, zum 25. Jahrestag der Altarskonsekration der Hedwigskathedrale eben dort hielt.

Um so schockierender waren dann die Erfahrungen, die wir mit dem noch relativ jungen Weihbischof Rainer Maria Woelki aus Köln machen mussten, den ein verwestlichtes Domkapitel zum neuen Erzbischof von Berlin wählte. Zunächst bezeichnete er das Werk Hans Schwipperts als „vorkonziliar“, dann leugnete er jeden Zusammenhang zwischen dessen Werk und dem Liturgiebeschluss des Konzils „Sacrosanctum Concilium“, weil ja nur ein Jahr dazwischen liege. Er tat also alles, um seine neuen Diözesanen von seiner absoluten liturgischen Unbildung zu überzeugen. Dann griff er doch noch zu einem Buch und meinte, im römischen Messbuch sei ein Umschreiten des Altars vorgeschrieben, was in der Hedwigskathedrale nicht möglich sei. Tatsächlich wird es im Römischen Messbuch nur empfohlen, wenn es möglich sein sollte. Zu Woelkis Glück amtierte damals jedoch Frau Monika Grütters als Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, welche es für einen Ausweis von künstlerischem Urteilsvermögen hielt, die Hedwigskathedrale „scheußlich“ zu finden. Inzwischen ist Woelki nach Köln zurückgekehrt, wo er jetzt Erzbischof ist und Frau Grütters nicht mehr im Amt. Die Bitte von zwei erfahrenen geistlichen Persönlichkeiten aus dem Ostteil des Berliner Erzbistums,

nämlich von Weihbischof Wolfgang Weider und vom früheren Generalvikar des Bistums, Prälat Roland Steinke, um einen Gesprächstermin fanden bei Woelki kein Gehör. Eben so wenig eine hochkompetente Kunsthistorikerin aus Westdeutschland, die jetzt zum Berliner Ordinariat gehörte.

An Woelkis Stelle trat als Erzbischof von Berlin Dr. Heiner Koch, zweifellos eine geistige und geistliche Persönlichkeit von ganz anderem Rang, so dass ich zunächst Hoffnung schöpfte, ein Neuanfang sei mit ihm möglich. Doch Berlin musste Heiner Koch erst näher kennen lernen, wo sich das Domkapitel und insbesondere der Dompropst schon ganz auf einen Neubau eingestellt hatten. So fanden auch hochkompetente Westberliner Fachleute der Kunstgeschichte und des Denkmalschutzes, welche an der Technischen Universität in Westberlin als Professoren lehrten, mit ihren Einwänden und Argumenten, welche sie auf eigenen Veranstaltungen wie auch bei einem Kolloquium der Katholischen Akademie Berlin artikulierten, kein Gehör. Ebenso erging es einer so eindrucksvollen Gelehrtenpersönlichkeit wie Albert Gerhards, der sich fünf Jahre lang in Wort und Schrift für den Wert der 1963 eingeweihten Berliner Bischofskathedrale einsetzte. Selbst dieser auf dem Gebiet des katholischen Kirchenbaus so eindrucksvolle Gelehrte, der sich mehrfach für den Erhalt des von Hans Schwippert geschaffenen Innenraums der Berliner Bischofskathedrale ausgesprochen hatte, war mit seinen Argumenten und Vorschlägen nicht erfolgreich. Dabei enthielten Gerhards Überlegungen auch Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des von Hans Schwippert geschaffenen Werkes.

Doch inzwischen setzten die Befürworter eines Radikalumbaus auf die in Berlin wie auch in den ostdeutschen Ländern praktizierte Methode, grundsätzlich den Wert in Ostdeutschland vorgefundener architektonischer Leistungen in Abrede zu stellen oder in Misskredit zu bringen. So wurden wir als Teilnehmer einer Mahnwache vor der St. Hedwigs Kathedrale zum Beispiel gefragt, ob es denn stimme, dass Ulbricht seine Zustimmung zum Wiederaufbau der Kathedrale nur gegeben habe, wenn ein Atheist damit beauftragt würde. Wer die unerschrockene Strategie einer so herausragenden Bischofspersönlichkeit wie Alfred Bengsch kennt, kann über solche albernen Verdächtigungen nur den Kopf schütteln. Doch wer kennt in Westdeutschland Alfred Bengsch.

Auch stimmt mein Verdacht mit den Erfahrungen überein, die ich in Sachsen machen musste. Denn nicht nur in Ostberlin wurden jahrzehntelang bemerkenswerte architektonische Leistungen abgerissen oder lange vernachlässigt. Viele, die aus dem Westen kamen, hielten es auch in Sachsen für selbstverständlich, ihre Ablehnung von allem, was in der DDR gebaut worden war, zum Ausdruck zu bringen. So machte das Sächsische Landesamt für Denkmalschutz, das bei mir als Staatsminister für Wissenschaft und Kunst ressortierte, die Erfahrung, dass westdeutsche Investoren wiederholt die Beseitigung ostdeutscher Bauleistungen verlangten mit der Begründung, hier handele es sich um kommunistischen Mist, auch wenn es sich dabei in Wahrheit um ein mühsam bewahrtes Zeugnis des Jugendstils handelte. Natürlich biss man mit solchen Argumenten bei mir auf Granit. Doch als ich dann in Berlin erlebte, dass der Name des Berliner Bischofs Julius Döpfner bei Auseinandersetzungen um den Wert des Innenraums der Hedwigskathedrale nie genannt wurde, musste ich an meine sächsischen Erfahrungen denken. Schließlich sind in der ehemaligen DDR-Hauptstadt Ostberliner Hotels prinzipiell verwestlicht worden, obwohl schon die DDR auf westlichen Stil Wert legte. Schließlich wollte man Besucher aus Westberlin anlocken und ihnen Westgeld abnehmen. Doch auch ohne solche merkantilen Begründungen sind in Ostberlin architektonische Leistungen wie das „Ahornblatt“ abgerissen worden. Auch frage ich mich, warum der radikale Umbau der Hedwigskathedrale prinzipiell unter der abwegigen Bezeichnung „Hauptstadt-Kathedrale“ läuft. Glaubt man allen Ernstes mit solchen das ökumenische Klima vergiftenden Benennungen dem zugegebener Maßen heute historistischen Berliner Dom, doch schon seit den Jahren der Reformation evangelische Vorzeigekirche, in seinem öffentlichen Ansehen schaden zu können?

Leider war der neue Erzbischof Koch, also Woelkis Nachfolger, in dieser Hinsicht keine Ausnahme. So kann ich mich nicht entsinnen, dass er den Verursacher der wieder aufgebauten Kirche, seinen Vorgänger Julius Döpfner, und dessen Bedeutung für die Weiterentwicklung der Liturgie durch das zweite vatikanische Konzil auch nur einmal erwähnt hätte. Ja, er selbst traf eine Entscheidung in Bezug auf den radikalen Umbau des Innenraumes der Hedwigskathedrale, welche nur als Abkehr von Döpfners Perspektive und als Absage an dessen Entscheidung für einen Altar, welcher einen Gottesdienst zur Gemeinde hin möglich machte, bedeutet: Denn er übernahm von dem österreichischen Künstler Leo Zogmeyer dessen für eine monastische Gemeinschaft in Westfalen entworfenen Altar, den die Gottesdienstgemeinde in der Berliner Hedwigs Kathedrale nur als von Zelebranten umstellt erleben kann, was denn auch inzwischen sogar geprobt wurde! Eine demonstrativere Abkehr von Bischof Julius Döpfner und vom zweiten vatikanischen Konzil ist kaum vorstellbar. Was soll man also von einer Versammlung von Bischöfen halten, die dies alles nicht nur ignoriert, sondern auch finanziell unterstützt?

Ich hoffe, sehr geehrte Frau Generalsekretärin, es ist mir gelungen, Sie ein wenig nachdenklich zu stimmen, was den Ruf des Millionen schweren Berliner Radikalumbaus anbetrifft. Denn das die Deutsche Bischofskonferenz mit ihrer millionenschweren Draufzahlung da völlig aus dem Schneider ist, können Sie doch nicht im Ernst annehmen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hans Joachim Meyer

Resümierende Aussagen zur Zerstörung der Innengestalt der Hedwigs Kathedrale

von Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Joachim Meyer im Schreiben vom 31. 03. 2022

an die Generalsekretärin der Deutschen Bischofskonferenz, Dr. Beate Gilles

1 _ Zur Mitverantwortung der DBK an der Zerstörung der Hedwigs Kathedrale und an der Verwestlichung der Kirche in Ostdeutschland

„Mit einer in ihrer Größe einmaligen finanziellen Unterstützungsaktion“ „solidarisiert sich“ die Bischofskonferenz mit dem Radikalumbau und ermöglicht ihn erst. „Damit übernimmt man auch einen Teil der Verantwortung. Und ein maßgeblicher Teil der Mitverantwortung war, die Ostkirche zu verwestlichen.“ Obwohl „die Ostkirche (unter dem Druck der Umstände) schon lange Dinge erprobt und vorweg nimmt, zu denen sie als Kirche in der Diaspora ohnehin gezwungen ist. Genau das aber wollen und wollten bestimmte Leute in Rom nicht.“ (aus Seite 1, Abschnitt 3)

2 _ Wiederaufbaugestaltung war Zeugnis der liturgischen Bewegung und der Einheit in der Spaltung

Zum ersten Mal in der Geschichte des Kirchenbaus wurde den Anliegen der (sich nach dem Ersten Weltkrieg entfaltenden) liturgischen Bewegung entsprochen“ und „der innere Aufbau der Hedwigs Kathedrale als Bischofskirche einer geteilten Stadt“ wurde durch das gemeinsame Wirken von „Künstlerinnen und Künstlern aus ganz Deutschland“ „zugleich zu einem einmaligen Zeugnis der Einheit und Gemeinsamkeit in der Zeit der Spaltung.“ „Auch dieses Zeugnis wird jetzt aufgegeben.“ (aus Seite 2, Abschnitt 2)

3 _ Diskreditierung Ostdeutschlands als Methode zur Rechtfertigung von Zerstörung

„Befürworter eines Radikalumbaus setzten auf die in Berlin wie auch in ostdeutschen Ländern praktizierte Methode, grundsätzlich den Wert in Ostdeutschland vorgefundener architektonischer Leistungen in Abrede zu stellen oder in Misskredit zu bringen.“ (aus Seite 3, Abschnitt 3)

4 _ Radikalumbau als Zeichen der Abkehr von den Zielen des zweiten vatikanischen Konzils

„Eine demonstrativere Abkehr (...) vom zweiten vatikanischen Konzil ist kaum vorstellbar. Was soll man also von einer Versammlung von Bischöfen halten, die dies alles nicht nur ignoriert, sondern auch finanziell unterstützt?“